

Brüssel, den 16. Oktober 2015
(OR. fr)

13105/15

ACP 143
COAFR 305
CFSP/PESC 666
RELEX 826

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Gruppe "AKP"
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	12919/15 + ADD 1 - COM(2015) 500 final
Betr.:	Einleitung von Konsultationen mit Burundi gemäß Artikel 96 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens
	– Schreiben an die Regierung Burundis

1. Infolge der eskalierenden Situation im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Sommer 2015 in Burundi wurde der bereits gemäß Artikel 8 des Cotonou-Abkommens geführte politische Dialog intensiviert.
2. Nachdem Präsident Pierre Nkurunziza am 25. April 2015 angekündigt hatte, sich um eine dritte Amtszeit zu bewerben, nahmen politisch motivierte Gewalttaten weiter zu. Bislang hat die Krise über 120 Todesopfer gefordert; Tausende wurden verletzt, und über 190 000 Menschen flüchteten in die Nachbarländer, was die Gefahr eines Übergreifens der Gewalt auf die Region erhöht.
3. Die negativen Entwicklungen in Burundi verschärften sich noch mehr im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Juni und Juli.
4. Die Kommission hat dem Rat am 9. Oktober 2015 eine Mitteilung zugeleitet, in der sie vorschlägt, die Regierung Burundis um Konsultationen gemäß Artikel 96 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens zu ersuchen.

5. Zweck der vorgeschlagenen Konsultationen nach Artikel 96 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens ist es, Burundi dazu zu ermutigen, innerhalb eines bestimmten zeitlichen Rahmens und auf Basis der im Abkommen von Arusha festgelegten Prinzipien Maßnahmen in den sensiblen Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu treffen.
 6. Im Anschluss an die Beratungen der Gruppe "Afrika" über die politische Lage in Burundi hat die Gruppe "AKP" den Vorschlag der Kommission geprüft und am 15. Oktober 2015 die in der Anlage wiedergegebene endgültige Fassung des Entwurfs eines Schreibens gebilligt.
 7. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, dem Rat zu empfehlen, diesen Entwurf eines Schreibens zu billigen.
 8. Die Konsultationen beginnen spätestens 30 Tage nach dem Ersuchen gemäß Artikel 96 Absatz 2 des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens. Sie sollten zu einem von beiden Seiten gemeinsam zu vereinbarenden Termin in Brüssel stattfinden.
-

Entwurf eines Schreibens

an Seine Exzellenz den Präsidenten von Burundi
Pierre Nkurunziza

Sehr geehrter Herr Präsident,

in einer Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/
Vizepräsidentin der Europäischen Kommission vom 23. Juli 2015 legte die Europäische Union ihre
Einschätzung dar, der zufolge die Beschlüsse der Afrikanischen Union und der Ostafrikanischen
Gemeinschaft, die den Weg für glaubwürdige und alle Parteien einbeziehende Wahlen in Burundi
ebnen würden, noch nicht umgesetzt worden sind.

Die Europäische Union wies ferner darauf hin, dass Burundi ihrer Auffassung nach die
wesentlichen Elemente des Partnerschaftsabkommens von Cotonou – Menschenrechte,
demokratische Grundsätze und Rechtsstaatlichkeit – nicht eingehalten hat, weshalb sie es für
angezeigt hält, Konsultationen nach Artikel 96 des Cotonou-Abkommens einzuleiten.

Im Einklang mit diesen Bestimmungen beehren wir uns, Ihr Land im Namen der Europäischen
Union und ihrer Mitgliedstaaten um Konsultationen zu ersuchen, damit gemäß dem Abkommen
eine gründliche Prüfung der Situation erfolgen kann und gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen
getroffen werden können. Die Europäische Union wird diese Konsultationen im Geiste des Dialogs
führen, um eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu ermöglichen.

Die Konsultationen werden Burundi die Gelegenheit bieten, das Programm der Regierung,
insbesondere in Bezug auf die demokratischen Grundsätze, die Menschenrechte und die
verantwortungsvolle Staatsführung, darzulegen.

Wir schlagen vor, dass diese Konsultationen zu einem gemeinsam zu vereinbarenden Zeitpunkt in Brüssel aufgenommen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen des Rates

Im Namen der Europäischen
Kommission

Kopien:

Präsident des AKP-Ministerrats

Vorsitzender des AKP-Botschafterausschusses

Generalsekretär der Gruppe der AKP-Staaten
